

INHALTSVERZEICHNIS

Einführung.....	21
1. KAPITEL "Beendigung der Unterbringung nach § 63 StGB"	23
A. Aussetzung der Unterbringung zur Bewährung (§ 67 d Abs. 2 StGB) 29	
I. Gesetzliche Anforderungen	32
II. Änderung der Gesetzesfassung vom 14.11.1997	34
1. Rechtsauffassung innerhalb der Literatur	35
2. Stand der Rechtsprechung	37
3. Stellungnahme	38
B. Umkehr der Vollstreckungsreihenfolge (§ 67 Abs. 3 StGB).....	41
I. Rechtsauffassung der Mindermeinung	43
II. Rechtsauffassung der herrschenden Meinung.....	43
III. Stellungnahme.....	44
C. Überweisung (§ 67 a Abs. 3 StGB).....	45
D. Erledigungserklärung	49
I. Fall 1: Anfängliches Fehlen der Anordnungsvoraussetzungen gem. §§ 20, 21 StGB.....	51
II. Fall 2: Wegfall der Voraussetzungen der §§ 20, 21 StGB.....	54
III. Fall 3: Wegfall der Gefährlichkeit.....	57
IV. Fall 4: Verhältnismäßigkeit	58
E. Sonstige Beendigungsmöglichkeiten	59
I. Verlegung	59
II. Unterbrechung (§ 455 Abs. 4 StPO)	62
III. Entlassung zur Vollstreckung im Ausland	64
1. Absehen von der Strafvollstreckung gem. § 456 a StPO	64

2. Absehen von der Strafvollstreckung aufgrund des Transferübereinkommens	65
IV. Entweichungen	68
V. Tod	69
F. Zusammenfassung.....	70
2. KAPITEL "Kritische Analyse der „Zweckerreichungsfälle“ "	73
A. Überprüfung der Bindung der Erledigungserklärung an das Kriterium der Zweckerreichung in den Fällen 1-4.....	73
I. Maßregelzwecke.....	74
II. Behandlung der Fälle 1-4 durch Rechtsprechung und Literatur und deren kritische Würdigung im Zusammenhang mit den Maßregelzwecken	76
1. Maßregelzweck und erwartete Ungefährlichkeit	77
a.) Folge bei reduzierter Gefährlichkeit (§ 67 d Abs. 2 StGB).....	77
b.) Reduzierte Gefährlichkeit als Maßstab für den „erreichten“ Maßregelzweck	79
2. Maßregelzweck und Fall 1	80
a.) Folge in Fall 1	80
b.) Fall 1 als „erreichter“ Maßregelzweck	81
3. Maßregelzweck und Fälle 2-4	83
a.) Folgen in den Fällen 2-3	83
b.) Folge in Fall 4.....	86
c.) Fälle 2-4 als „erreichter“ Maßregelzweck	87
III. Legitimation von Maßregeln	90
1. Sozial-ethische Begründungsansätze	91
2. Zweckorientierte Begründungsansätze	92
IV. Konsequenz.....	94

B. Die rechtliche Würdigung der einzelnen Fallkonstellationen bei anfänglichem Fehlen der Unterbringungs Voraussetzungen	97
I. Fehleinweisungen aufgrund der gesetzlichen Unterbringungs- voraussetzungen	97
1. Fehlen der Voraussetzungen der §§ 20, 21 StGB (Fall 1)	98
a.) Störungen i.S. des § 20 StGB	99
b.) Einschränkung der Einsichts- und Steuerungsfähigkeit	101
c.) Schlussfolgerungen	101
2. Vorübergehende Störung i.S. der §§ 20, 21 StGB	104
3. Nichtvorliegen einer Symptomtat	105
4. Fehleinschätzung der Wahrscheinlichkeit künftiger Straftaten	107
5. Geringer Schweregrad künftiger Straftaten	108
6. Keine Gefahr für Allgemeinheit	109
7. Unverhältnismäßigkeit	109
8. Zusammenfassung	110
II. Fehleinweisungen aufgrund psychiatrisch-psychologisch mangel- hafter Gutachten	112
C. Die rechtliche Würdigung der einzelnen Fallkonstellationen bei nachträglichem Wegfall der Unterbringungs Voraussetzungen	115
I. Wegfall der Voraussetzungen der §§ 20, 21 StGB (Fall 2) und Heilung der Krankheit	115
II. Wegfall der Gefährlichkeit (Fall 3)	116
III. Unverhältnismäßigkeit (Fall 4)	118
IV. „Unheilbarkeit“ bzw. „Aussichtslosigkeit der Therapie“	120
1. Vergleich zur Maßregel gem. § 64 StGB	121
2. Übertragung dieser Grundsätze auf die Maßregel gem. § 63 StGB ..	122
V. „Undurchführbarkeit“	124

D. Zusammenfassung	125
3. KAPITEL "Überprüfung der praktischen Relevanz der Erledigungserklärung"	127
A. Empirische Ausgangssituation	127
I. Daten des Statistischen Bundesamtes.....	127
II. Bisherige empirische Untersuchungen.....	130
B. Eigene empirische Untersuchung.....	133
I. Gegenstand der Untersuchung.....	134
II. Datenerhebung	134
1. Fehlversuch der Ermittlung der Erledigungsfälle über die Maßregelvollzugseinrichtungen	135
2. Ermittlung der Aktenzeichen und Verfahren der Stichprobenziehung.....	136
III. Datenauswertung.....	139
1. Verwendete Analysesoftware.....	139
2. Rücklaufquote.....	139
C. Ergebnisdarstellung und Diskussion der Untersuchung	141
I. Ergebnisse.....	141
1. Anzahl der Erledigungsfälle.....	141
2. Aufteilung der zu untersuchenden Erledigungsfälle	146
a.) Nachträglicher Wegfall der Unterbringungsvoraussetzungen.....	147
b.) Anfängliches Fehlen der Einweisungsvoraussetzungen.....	149
c.) Zweifelhafte Einordnung	151
d.) Keine Angabe	151
3. Normen der Erledigungsfälle	152
4. Unterbringungsdauer der Erledigungsfälle	154
a.) Nachträglicher Wegfall der Unterbringungsvoraussetzungen.....	155

b.) Anfängliches Fehlen der Einweisungsvoraussetzungen.....	156
c.) Zweifelhafte Einordnung	157
5. Einweisungsdelikte der Erledigungsfälle	157
6. Erkenntnisgerichtliche Beurteilung der Schuldfähigkeit der Erledigungsfälle.....	159
7. Anordnung von Strafe und/oder einer Maßregel in den Erledigungsfällen.....	160
8. Einweisungsdiagnose i.S. des § 20 StGB in den Erledigungsfällen ..	161
a.) Nachträglicher Wegfall der Unterbringungs Voraussetzungen.....	164
b.) Anfängliches Fehlen der Einweisungsvoraussetzungen.....	165
c.) Zweifelhafte Einordnung	165
9. Gutachterliche Beurteilung im Strafvollstreckungsverfahren.....	166
a.) Form der Gutachterbeteiligung.....	166
b.) Umfang der Gutachterbeteiligung	167
10. Rückfälligkeit der Patienten	168
II. Zusammenfassende Diskussion	169
4. KAPITEL "Dogmatische Bedenken gegen die Erledigungserklärung" ..	173
A. Fehlen einer gesetzlichen Grundlage.....	173
I. Gesetzlich geregelte Erledigungen von Maßregeln.....	174
1. Vollstreckungsverjährung gem. § 67 c Abs. 2 S. 5 StGB	174
2. Ablauf der Höchstfristen gem. § 67 d Abs. 3 S. 2 StGB.....	175
3. Aussichtslosigkeit der Behandlung gem. § 67 d Abs. 5 StGB.....	176
4. Ablauf der Führungsaufsicht gem. § 67 g Abs. 5 StGB.....	176
5. Mehrfache Anordnung der Unterbringung gem. § 67 f StGB	177
II. Analoge Anwendung der gesetzlich geregelten Erledigungen auf die Fälle 1-3	177
1. Analogieverbot des Art. 103 Abs. 2 GG bei den Maßregeln.....	178

2. Analogiefähigkeit der durch die Gerichte und Literatur angewandten Vorschriften	180
a.) § 67 c Abs. 2 S. 5 StGB analog	181
b.) § 67 d Abs. 3 S. 2 StGB analog	184
B. Der Konflikt mit der Rechtskraft des erkennenden Urteils	184
I. Umfang der materiellen Rechtskraft von strafgerichtlichen Urteilen, die auf Anordnung einer Freiheitsstrafe lauten	186
1. Grundlagen	187
2. Umfang und Bedeutung der Kognitionspflicht für die Straf- und Schuldfrage bei der Verhängung einer Freiheitsstrafe	188
a.) Ausübung der Kognitionspflicht des Gerichts in tatsächlicher und/oder rechtlicher Hinsicht	189
aa.) Rechtsauffassung der Rechtsprechung	190
bb.) Rechtsauffassung Henkels	191
cc.) Allgemeine Beschränkung der Kognitionspflicht	193
b.) Bedeutung der Kognitionspflicht bei der Verhängung einer freiheitsentziehenden Strafe hinsichtlich der Schuld- und Straffrage	196
II. Umfang der materiellen Rechtskraft von strafgerichtlichen Urteilen, die auf Anordnung einer freiheitsentziehenden Maßregel mit oder ohne einer parallel verhängten Freiheitsstrafe lauten	198
1. Grundlagen	199
2. Umfang und Bedeutung der Kognitionspflicht für die Schuld- und Sicherungsfrage bei der Verhängung einer Maßregel im regulären Straf- und Sicherungsverfahren	200
a.) Ausübung der Kognitionspflicht des Gerichts in tatsächlicher und/oder rechtlicher Hinsicht	200

b.) Bedeutung der Kognitionspflicht bei der Verhängung einer freiheitsentziehenden Maßregel im regulären Verfahren hinsichtlich der Schuld- und Straffrage	201
c.) Bedeutung der Kognitionspflicht bei der Verhängung einer freiheitsentziehenden Maßregel im Sicherungsverfahren hinsichtlich der Schuld- und Sicherungsfrage	204
d.) Begrenzung der Kognitionspflicht bei der Schuld- und Straf- bzw. Sicherungsfrage aufgrund Maßregelbesonderheiten	204
aa.) Rechtsauffassung Henkels	205
bb.) Rechtsauffassung Peters	206
cc.) Rechtsauffassung Volckarts	206
dd.) Stellungnahme	207
III. Eingriff in die durch das erkennende Urteil verbriefte materielle Rechtskraft durch die Erledigungserklärung in den Fällen 1-4	209
1. Eingriff in die materielle Rechtskraft bei Fall 1	210
2. Eingriff in die materielle Rechtskraft bei den Fällen 2-4	211
C. Sonstige Folgen und Wirkungen der Erledigungserklärung	212
I. Gefährlichkeit des mittels Erledigungserklärung entlassenen Patienten	212
II. Anordnung von Führungsaufsicht	215
III. Entschädigung des Untergebrachten	216
1. Nach dem Straftatschädigungsgesetz (StrEG)	216
2. Nach der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (MRK)	220
D. Gesetzesvorschlag für die Fälle 2-3	221
E. Zusammenfassung	222

5. KAPITEL „Wiederaufnahme“ des Urteils des Erkenntnisgerichts im Fall 1 und des die Maßregel erledigenden Beschlusses der Strafvollstreckungskammer in den Fällen 2-4”	225
A. Wiederaufnahme des Urteils des erkennenden Verfahrens.....	226
I. Wiederaufnahme zugunsten des Verurteilten.....	226
1. § 359 Nr. 2 StPO	228
2. § 359 Nr. 5 StPO	229
a.) Neue Tatsachen und Beweismittel.....	230
aa.) Tatsachen	230
bb.) Beweismittel.....	231
cc.) Neuheit der Tatsachen und Beweismittel.....	232
b.) Eignung der Mittel, eine andere Entscheidung über eine Maßregel zu treffen	235
c.) Beibringungspflicht	236
3. Verbot der reformatio in peius	237
II. Wiederaufnahme zuungunsten des Angeklagten	238
1. § 362 Nr. 2 StPO	239
2. § 362 Nr. 4 StPO	239
III. Rechtsauffassung der Literatur	240
1. Lösung der Simulationsfälle.....	240
2. Lösung der Fallkonstellation 1	242
a.) Trennungslösung.....	242
b.) Einheitslösung.....	243
c.) Stellungnahme.....	245
B. „Wiederaufnahme“ des durch die Strafvollstreckungskammer erledigten Verfahrens.....	247

I. Umfang der materiellen Rechtskraft von strafprozessualen und strafvollstreckungsrechtlichen Beschlüssen, die hinsichtlich einer freiheitsentziehenden Strafe getroffen werden	248
1. Grundlagen	249
a.) Differenzierung nach der Art des Beschlusses (Dreistufenmodell)	250
b.) Differenzierung nach der Funktion des Beschlusses	250
c.) Stellungnahme	251
2. Umfang der Kognitionspflicht in Bezug auf den Prozessgegenstand bei strafprozessualen Beschlüssen	253
3. Umfang der Kognitionspflicht in Bezug auf den Prozessgegenstand bei strafvollstreckungsrechtlichen Beschlüssen	254
a.) Ergänzende Funktion der Beschlüsse der Strafvollstreckungskammer	254
b.) Methode der Sachverhaltsaufklärung	256
II. Umfang der materiellen Rechtskraft von strafvollstreckungsrechtlichen Beschlüssen, die hinsichtlich einer freiheitsentziehenden Maßregel getroffen werden	257
1. Grundlagen	258
a.) Der Prozessgegenstand im Maßregelrecht	258
b.) Umfang der Kognitionspflicht in Bezug auf den Prozessgegenstand bei strafvollstreckungsrechtlichen Beschlüssen auf dem Gebiet des Maßregelrechts	259
2. Beispiele einzelner vollstreckungsrechtlicher Entscheidungen im Maßregelrecht und die Anforderungen an deren Rückgängigmachung	260
a.) Die nachträgliche Aussetzungsentscheidung und ihr Widerruf (§ 67 g StGB) oder ihre Aufhebung (§ 454 a StPO i.V.m. § 463 Abs. 1 StPO)	261

aa.) Aufhebung gem. § 454 a StPO	261
bb.) Widerruf gem. § 67 g Abs. 3 StGB	262
b.) Vollstreckungsumkehr und Wiederherstellung der	
Regelvollstreckung gem. § 67 Abs. 3 StGB	265
aa.) Rechtsauffassung der herrschenden Meinung	265
bb.) Rechtsauffassung Volckarts	266
cc.) Stellungnahme	266
c.) Überweisung und Rücküberweisung	267
aa.) Rechtsauffassung Horstkottes	267
bb.) Stellungnahme	268
d.) Erledigungserklärung	269
aa.) Die Rechtskraftwirkung der Erledigungserklärung im	
Rahmen der Unterbringung gem. § 64 StGB	270
bb.) Die Rechtskraftwirkung der Erledigungserklärung im	
Rahmen der Unterbringung gem. § 63 StGB	272
cc.) Gesetzesvorschlag für den Widerruf der Erledigungs-	
entscheidung	274
C. Zusammenfassung	275
<i>Zusammenfassung der Ergebnisse der Arbeit</i>	<i>277</i>
<i>Literaturverzeichnis</i>	<i>279</i>
<i>Anhang</i>	<i>297</i>